

# Je näher Politik den Menschen ist, desto ausgeprägter ist das Vertrauen



Helmut Dedy

Städte können vieles sein: kreativ, lebendig, vielfältig, innovativ und inklusiv. Städte als Raum für Begegnung und Austausch sind auch Orte regelmäßiger Auseinandersetzung: Auseinandersetzung mit anderen Interessen, Ansichten und Meinungen. Städte sind gelebte Interessengegensätze. Der Grund für diese einerseits anregende und andererseits auch herausfordernde Mixtur ist

einfach. Die Menschen, die in den Städten leben, sind grundverschieden. Das kann nur richtig sein, denn die Stadt gehört allen, die dort leben. Deshalb braucht es Debatte und den Streit der Meinungen. Das ist ein zentraler Teil der Demokratie.

Beispiele für unterschiedliche Interessenlagen gibt es viele. In der Wohnungspolitik kann man die Debatten über Enteignungen in Berlin oder Baugebote in Tübingen falsch oder hilfreich finden. Die Angst, auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr zum Zuge zu kommen, die müssen wir ernst nehmen. Aber lassen sich alle Wohnungsprobleme in den Städten lösen? Müssen wir nicht die Stadt stärker in ihrem Umland, in ihrer Region denken?

Ein anderes Beispiel für Interessengegensätze ist der Verkehr. Man kann zum Auto stehen wie man will. Aber die Zukunft des Verkehrs wird nicht überall im Individualverkehr liegen können. Der Kampf um den öffentlichen Raum nimmt spürbar zu. Können und wollen wir dem Auto künftig noch so viel Platz gönnen? Welche Vorstellung haben wir von den öffentlichen Räumen in den Städten? Es muss uns in der Stadtentwicklungspolitik gelingen, mit den wachsenden Verkehrsströmen, der Platznot und den Ansprüchen aller Verkehrsteilnehmer Schritt zu halten. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir in unseren Städten „Nicht-Orte“ schaffen, an denen man nicht sein will.

Die Frage bei Interessengegensätzen lautet stets: Wer setzt sich wie durch? Eine Politik, die Miteinander und Begegnung in der Öffentlichkeit ermöglicht, gehört zum Kernbereich der Daseinsvorsorge. Eine gerechte Verteilung, der sichere Zugang, die flexible Nutzbarkeit und gute Gestaltung öffentlicher Räume erfordert zunehmend einen neuen Blick. Lebensqualität für alle Menschen muss das Ziel sein. Dabei stehen wir vor grundlegenden Veränderungen. Wohnen und Verkehr sind nur zwei Beispiele, die Entwicklungen in der Digitalisie-

rung, Plattformökonomie oder künstlichen Intelligenz sind weitere Stichworte.

Die anstehenden Veränderungen und die stetigen Interessenkonflikte können Angst machen – müssen sie aber nicht. Das Vertrauen in Kommunalpolitik ist ausgeprägt. Glaubwürdigkeit, Durchsetzungsfähigkeit, charakterliche Stärke oder Bürgernähe sind die Stichworte. Je näher Politik den Menschen ist, desto ausgeprägter ist das Vertrauen. Demokratische Entscheidungsprozesse sind für Bürgerinnen und Bürger in Städten und Gemeinden besser erlebbar und direkter mitzugestalten. Mitgestaltung durch Bürgerbeteiligung ist ein konstitutives Element einer lebendigen repräsentativen Demokratie und wesentliche Voraussetzung für Vertrauen und eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung. Sie verbessert die Akzeptanz und auch Qualität von Planungen und Projekten. Bürgerbeteiligung erhöht allerdings zugleich auch die Komplexität von Planungs- und Entscheidungsprozessen und den Ressourcen- und Kompetenzbedarf. Für Verwaltung und Politik stellen sich damit besondere Herausforderungen.

Vertrauen wächst durch Beteiligung und Transparenz. Je mehr sich Menschen durch Beteiligungsmöglichkeiten als Teil des Prozesses fühlen, desto mehr vertrauen sie der Kommunalpolitik. Beteiligung und Transparenz sind steinige Wege, aber vielleicht die einzige Chance, Menschen beim Ausgleich der Interessen aktiv einzubeziehen. Wir müssen Probleme vor Ort benennen, dürfen sie nicht in Watte packen. Zur Abwägung von Interessenkonflikten braucht es klare Ziele und Haltung. Zum Aufbau von Vertrauen braucht es Ehrlichkeit und Zeit.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und Erfolg bei der Umsetzung neuer Wege und Ideen.

Helmut Dedy

Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Köln/Berlin